

Zuwanderung im ländlichen Raum



Besonderheiten und Erfolgsfaktoren kommunaler Integrationspolitik

Gudrun Kirchhoff ist Projektkoordinatorin bei der Schader-Stiftung in Darmstadt.

Das Thema Integration ist vor allem großstädtisch geprägt, doch auch in ländlichen Regionen hat Zuwanderung in den letzten 50 Jahren stattgefunden, aber sie ist weniger stark ausgeprägt als in den großstädtischen Ballungsräumen und hat dadurch weniger öffentliche und politische Aufmerksamkeit.

Da über das Thema Zuwanderung im ländlichen Raum wenig bekannt war, hat die Schader-Stiftung zusammen mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, dem Deutschen Landkreistag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund das Projekt „Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen“ von 2009 bis 2011 durchgeführt. Mit diesem Projekt wurde erstmalig die Situation von Zuwanderern im ländlichen Raum bundesweit vergleichend untersucht. In das Projekt waren zwölf Städte und Gemeinden aus acht Landkreisen eingebunden. Die Forschungsarbeiten vor Ort wurden vom ILS – Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung in Kooperation mit dem Leibniz-Institut für

Regionalentwicklung und Strukturplanung (IRS) durchgeführt.

Zuwanderung im ländlichen Raum

Die etwa 15,7 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland sind räumlich sehr unterschiedlich verteilt. So leben rund 96 % der Bevölkerung mit Migrationshintergrund in den westlichen Bundesländern und in Berlin.

Nach Raumtypen differenziert liegt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in Agglomerationsräumen bei rund 23 % (AusländerInnen 11,3 %), während

Ausbeutung oder Lebensperspektive?



MigrantInnen in der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein

Um herauszufinden, wie die Möglichkeiten und Bedingungen von Erwerbsarbeit von MigrantInnen im landwirtschaftlichen Sektor Schleswig-Holsteins aussehen, hat access eine Untersuchung in Auftrag gegeben. Ein Einblick in die Struktur der Tätigkeits- und Berufsfelder in der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein sowie die Bedarfe an Arbeitskräften wurde gewonnen. Auch die aktuelle Situation von in der Landwirtschaft arbeitenden MigrantInnen konnte durch Interviews in Auszügen betrachtet werden.

Die Broschüre kann bestellt werden bei access: access@frsh.de.

„Die Kommunen erkennen, dass die Funktionsfähigkeit des städtischen Gemeinwesens und der örtlichen Infrastruktur vom Zuzug neuer Personen und von der Aktivierung bislang ungenutzter Potentiale abhängt.“

er in ländlichen Räumen rund 11 % beträgt (AusländerInnen 4,3 %). Mit der Stadtgröße steigt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund. In Städten unter 20.000 EinwohnerInnen sind es rund 11 %, in Städten zwischen 20.000 und 50.000 EinwohnerInnen bereits fast 20 % und in Großstädten ab 100.000 EinwohnerInnen im Durchschnitt 27 %.

GastarbeiterInnen und ArbeitsmigrantInnen, (Spät-) AussiedlerInnen und jüdische Kontingentflüchtlinge sowie AsylbewerberInnen stellen auch im ländlichen Raum die zentralen Migrationsgruppen der letzten Jahrzehnte dar. In den meisten Untersuchungskommunen fand Anfang der 1990er Jahre ein starker Zuzug von AussiedlerInnen insbesondere aus der ehemaligen Sowjetunion statt. In den ländlichen Kreisen bzw. Gemeinden mit geringen sonstigen Zuzugzahlen bilden (Spät-)AussiedlerInnen heute die zahlenmäßig bedeutendste Zuwanderungsgruppe.

Wirtschaftliche Lage und Tradition prägen die Integrationsbedingungen

Die Kommunen des ländlichen Raums sind von einer großen Vielfalt und Heterogenität gekennzeichnet, was ihre Größe, Lage und Stellung im politischen Gefüge betrifft. Sie unterscheiden sich zusätzlich stark in ihrer ökonomischen und demografischen Struktur, dem lokalen Arbeitsplatzpotenzial sowie der lokalen Migrations- und Integrationsgeschichte. Wirtschaftlich prosperierende Städte in zentralerer Lage bieten andere Integrationsbedingungen als Gemeinden und Landkreise, die

sich vorrangig mit Schrumpfs- und Peripherisierungsprozessen konfrontiert sehen.

Bei allen Unterschieden stehen Zugewanderte im ländlichen Raum jedoch weitgehend identischen Integrationsanforderungen gegenüber. Sie stoßen in Dörfern und Kleinstädten auf einen häufig von Traditionen und Einzelpersonen geprägten Kontext, der über ein hohes Maß an Öffentlichkeit verfügt. Die Überschaubarkeit des Sozialraums einer Kleinstadt ermöglicht durch die räumliche Nähe persönliche Kontaktfelder zwischen Einheimischen und Zugewanderten, die die Integration erleichtern, gleichzeitig können tradierte Strukturen und hohe Anpassungserwartungen als Integrationsbarrieren wirken.

Integrationspolitik als Antwort auf den demografischen Wandel

Der Nationale Diskurs über Integration hat das Thema auch bei den Kommunen im ländlichen Raum stark befördert. Gleichzeitig haben der demografische Wandel und der sich abzeichnende Fachkräftemangel zu einem Umdenken geführt und die Themen Zuwanderung und Integration in das Zentrum der lokalen Politik gerückt. Die Kommunen erkennen, dass die Funktionsfähigkeit des städtischen Gemeinwesens und der örtlichen Infrastruktur vom Zuzug neuer Personen und von der Aktivierung bislang ungenutzter Potenziale abhängt. Das gilt sowohl für den örtlichen Arbeitsmarkt, als auch für viele ehrenamtliche Strukturen wie Kirchengemeinden, freiwillige Feuerwehren, Vereine etc.

Jedoch haben aufgrund der geringen Ressourcenausstattung kleinere Städte und Gemeinden Schwierigkeiten, nachhaltige Strukturen der kommunalen Integrationsarbeit aufzubauen. Strukturen der Integrationsarbeit und eine entsprechende Ressourcenausstattung zeigen sich eher auf Landkreisebene. Die Landkreise sind häufig auch Motor für integrationspolitische Initiativen und Projekte in den kreisangehörigen Gemeinden und haben eine wichtige Vernetzungsaufgabe.

Eine spezifische Herausforderung besteht aufgrund der geringeren Siedlungsdichte, größeren räumlichen Distanzen und der geringeren Anzahl von Personen mit Migrationshintergrund in der Gewährleistung eines erreichbaren Integrationsangebotes in den Landkreisen. Die Ausdünnung des öffentlichen Personennahverkehrs im ländlichen Raum trifft alle Personengruppen mit eingeschränkter Mobilität. Dazu zählen häufig die MigrantInnen und dabei insbesondere die Frauen.

Zentrale Bedeutung von Zivilgesellschaft und „Schlüsselpersonen“

Eine hohe Bedeutung für die Gewährleistung von Angeboten der Integrationsarbeit im ländlichen Raum haben zivilgesellschaftliche bzw. intermediäre AkteurInnen. Ehrenamtlich Aktive, Wohlfahrtsverbände, Kirchen etc. sind oftmals die alleinigen Träger der örtlichen Integrationsarbeit. Ein besonderes integrationspolitisches Potenzial der Kommunen im ländlichen Raum ist daher in diesen stark bürgerschaftlich getragenen Netzwerken zu sehen.

Zudem hat das Handeln von politischen bzw. bürgerschaftlichen „Schlüsselpersonen“, wie BürgermeisterInnen, Vereinsvorsitzende, lokale UnternehmerInnen, im Sinne von Vorbildfunktionen einen großen Einfluss auf Integrationsprozesse. In den überschaubaren kleinstädtischen Lebenszusammenhängen prägen diese Einzelpersonen mit ihrer Haltung das örtliche Integrationsklima ganz entscheidend. Ihr Eintreten für Toleranz und Anerkennung gegenüber den Zugewanderten kann die kleinstädtische Gesellschaft ebenso positiv prägen, wie ihre unentschiedene oder gar ablehnende Haltung gegenüber „Fremden“ negative Auswirkungen hat.

„Zuwandernde müssen sich in den Institutionen wiederfinden, damit sie einen Anreiz haben, sich mit der Gesellschaft zu identifizieren.“

Andererseits ist die Aufrechterhaltung der lokalen Integrationsarbeit bei gleichzeitiger Abwesenheit institutionalisierter Strukturen vollständig von diesen aktiven Einzelpersonen abhängig. Stehen diese Personen nicht mehr zur Verfügung zerfallen die genannten Netzwerke rasch.

Aktive Landespolitik von großer Bedeutung

Die Ausprägung der kommunalen Integrationspolitik ist stark durch das integrationspolitische Selbstverständnis der übergeordneten staatlichen Ebene beeinflusst. Insbesondere die Länder Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Brandenburg unterstützen die kommunale Integrationsarbeit in den Landkreisen initiiierend, auch unter Bereitstellung von finanziellen Mitteln und Know-how. Hervorzuheben ist das KOMM-IN-Programm des Landes Nordrhein-Westfalen zur Förderung einer strategischen Ausrichtung der kommunalen Integrationsarbeit.

Integration als Bestandteil einer kommunalen Entwicklungsstrategie

Wichtig ist, dass die Stadtspitze das Thema „Integration“ als strategisches kommunalpolitisches Zukunftsthema erkennt und aufgreift. So sollte der Gemeinderat integrationspolitische Leitlinien verabschieden oder besser noch verknüpft mit anderen wichtigen Zukunftsaufgaben als kommunale Entwicklungsstrategie beschließen. Dabei sollte dieser Prozess auf einem breit angelegten gesellschaftlichen Dialog basieren, der vor Ort tätige Organisationen und aktive Einzelpersonen als PartnerInnen und MultiplikatorInnen einbezieht.

Zentral ist auch die Schaffung integrationspolitischer Strukturen innerhalb der Kommunalverwaltung. Dazu zählt u. a. die Installierung von Integrationsbeauftragten als AnsprechpartnerInnen innerhalb der Verwaltung und als KoordinatorInnen zur Vernetzung der bürgerschaftlich Aktiven und intermediären Institutionen im Bereich der Integrationsarbeit. Voraussetzung für den Erfolg der Koordinationsarbeit ist der unmittelbare Zugang zur Verwaltungsspitze und Anhörungsrechte in den kommunalpolitischen Gremien.

Interkulturelle Öffnung und Etablierung einer Anerkennungskultur

Für die Sicherung der Zukunftsfähigkeit der Kommunen im ländlichen Raum sind die Etablierung eines Klimas der Offenheit und Toleranz und die interkulturelle Öffnung der Institutionen von zentraler Bedeutung. Interkulturelle Öffnung ist als „soziale Öffnung“ zu verstehen, mit dem Ziel, gerechte Teilhabemöglichkeiten aller BürgerInnen an Angeboten und Dienstleistungen der kommunalen Institutionen herzustellen. Dabei gilt es, das Verwaltungshandeln auf allen Ebenen (Leitbild, Kommunikation, Umgang, MitarbeiterInnenstruktur, Ressourcenverteilung etc.) kritisch zu reflektieren, unbewusste Diskriminierungsmechanismen aufzudecken und einen „barrierefreien“ Zugang zu ermöglichen. Insoweit betrifft sie die Organisations- und Personalentwicklung.

Zuwandernde müssen sich in den Institutionen wiederfinden, damit sie einen Anreiz haben, sich mit der Gesellschaft zu identifizieren. Die Präsenz von Zuwandernden in öffentlichen Institutionen fördert deren

Anerkennung und eine Normalisierung des Zusammenlebens.

Ein zentraler Baustein zur Verbesserung der Willkommens- und Anerkennungskultur ist z. B. die interkulturelle Öffnung der Ausländerbehörde, sie ist erste Anlaufstelle für die Zuwandernden und damit der erste Zugang zum Aufnahmeland. Dafür müsste die Behörde ein neues Selbstverständnis als Dienstleisterin und Servicestelle entwickeln, was die Abkehr von einer rein ordnungsrechtlichen und sicherheitspolitischen Sicht bedeutet. Für ein Gefühl des Aufgenommenseins ist nicht nur der Umgang der MitarbeiterInnen mit Zuwandernden entscheidend, sondern auch die Verortung der Behörde und die Gestaltung der Räume.

Weitere wichtige Maßnahmen können sein: ein jährlicher Empfang der/des BürgermeisterIn für NeubürgerInnen, ein mehrsprachiges Infopaket mit allen wichtigen Informationen und den Adressen der Anlauf- und Beratungsstellen, regelmäßige Einbürgerungsfeiern. Als erfolgreich haben sich in vielen Kommunen spezielle LotsInnen- und MentorInnenprogramme erwiesen. Insgesamt lässt sich hier noch viel entwickeln.



Literatur:

Schader-Stiftung (Hrsg.):
Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungs-Praxis-Projektes. Darmstadt 2011

Statistisches Bundesamt:
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit, Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Ergebnisse des Mikrozensus 2010, Fachserie 1, Reihe 2.2. Wiesbaden 2011

Informationen zum Projekt unter www.integrationspotenziale.de.

Das Projekt wurde aus Mitteln des Europäischen Integrationsfonds kofinanziert.